

Protokoll Runder Tisch Rummelsburger See

- Termin:** 19.11.2014
- Ort:** Nachbarschaftszentrum „Altes Lazarett“
Erich-Müller-Str. 9
10317 Berlin-Rummelsburg
- TeilnehmerInnen:** Siehe Teilnehmerliste
Von den stimmberechtigten Mitgliedern waren nicht vertreten:
- Herr Rehfeld-Klein, SenStadtUM
- Herr Trommer, er übertrug seine Stimme an Herrn Pagel

Tagesordnung:

1. Begrüßung & Vorstellung neuer Teilnehmer
2. Bestätigung des Protokolls
3. Thema Wilde Anleger (zu Gast WSP und WSA)
4. Information zum Workshop 25.11.2014
5. Sonstiges

1. Begrüßung & Vorstellungstellung neuer Teilnehmer

Frau Blodau vom Stadtteilzentrum eröffnete die Sitzung und begrüßte die Teilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Herr Sühl vom WSA und Herr Braun von der WSP wurden vorgestellt. Außerdem wurden Stadtrat Herr Nünthel und Herr Nöske von der Stadtentwicklung Lichtenberg begrüßt.

2. Bestätigung des Protokolls vom 1.9.14

Herr Neumann vom BCR kritisierte die Formulierung, „*dass die Verwaltung den Rahmen der Vorschriften versuchen sollte auszureizen, um die (z.B. in diesem Gremium) ermittelten Interessen durchzusetzen. Die rechtlichen Möglichkeiten sollten ausgenutzt werden, um den Willen der Bevölkerung durchzuführen.*“ Herr Clucas schlug als Ersatz folgende Formulierung vor: „*Herr Pagel, Herr Bader und Herr Clucas forderten, dass die Verwaltung den Rahmen der Vorschriften versuchen sollte auszureizen, um die (z.B. in diesem Gremium) ermittelten Interessen durchzusetzen.*“ Dies wurde ohne Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Darüber hinaus kritisierte Herr Neumann die Aussage, dass die wilden Anleger (generell) ein Ärgernis darstellen, als zu allgemein. Für diese Aussage sei der Runde Tisch nicht repräsentativ genug.

Herr Fischer meinte, dass nicht alle Anwohner gegen die an den Spundwänden anliegenden Schiffe seien. Es wurde beschlossen, dass im Protokoll eingefügt wird: für „*einige Anwohner*“ stellten diese Schiffe ein Ärgernis dar.

Zu den Einwendungen von Herrn Schoormann (nicht anwesend) wurde entgegnet:

- a) Das vorgeschlagene Moratorium zur Genehmigung von Stegen wurde nicht verworfen, sondern als nicht sinnvoll betrachtet und daher nicht weiter verfolgt,
- b) Eine „regelmäßige Bewirtschaftung von Anlagen an Uferkanten“ wurde vorgeschlagen, aber nicht als praktikabel erachtet, da die Ordnungsämter dies nicht leisten könnten. Herr Nünthel betonte, dass das Ordnungsamt nicht ständig anwesend sein könnte.
- c) Der Hinweis zu den Anlege-Verbotszeiten am 24-Stunden-Anleger, dass diese dem „*eigentlichen Sinn*“ dieser Einrichtung widersprächen, war nicht korrekt. Die Aussage kam von Herrn Neumann, der aber gegen die Formulierung im Protokoll keinen Einwand hatte.

Zu diesen Einwänden a) bis c) wurde kein Beschluss gefasst.

3. Wilde Anliegen

Herr Sühl vom WSA und Herr Braun, Leiter der WSP Sündost, stellten sich vor. Die Bewertung der Situation dieser Behörden wurde dargestellt und erläutert. Die maritime Landschaft im Rummelsburger See hat sich verändert und entspricht daher nicht mehr der Aufgabenstellung der WSA.

Es wurde die Frage nach Genehmigungen für die an den Spundwänden anliegenden Schiffen und nach der Zuständigkeit gestellt. Zu der Art der Belästigung durch diese Schiffe wurde angeführt, dass die notwendige Infrastruktur an Land in den meisten Fällen nicht vorhanden ist und dass die Versorgung mit Strom und Wasser ebenso wie die Entsorgung von Abwasser und Fäkalien meist auch unklar ist. Herr Neumann stellte fest, dass es einen potentiellen Nutzungskonflikt auf dem Wasser gebe, da an den Schiffen andere Boote festmachen (Päckchenbildung). Außerdem steht diese Nutzung im Widerspruch zur Begrenzung von Stegliegeplätzen. Es stelle sich daher die grundsätzliche Frage, ob der Seeraum geordnet werden soll.

Herr Sühl führte aus, dass es eine geteilte Zuständigkeit gibt. Das WSA ist als Verkehrsbehörde für den Schiffsverkehr zuständig. Das Land Berlin hingegen für die wasserwirtschaftliche Nutzung und damit auch für alle Umweltaspekte. Mit den Betreibern der Schiffe an den Spundwänden wurden vielfach Nutzungsverträge zur Nutzung der Wasserfläche abgeschlossen. Für diese privatrechtlichen Verträge wird dann auch Pacht entrichtet. Die von den Schiffen ausgehenden Emissionen fallen nicht in die Zuständigkeit der WSA, sondern sind landesrechtliche Belange. In den Nutzungsverträgen ist geregelt, dass die Verantwortung für eventuell weitere Genehmigungen bei den Nutzern liegt. Die Verträge können durch das WSA aber nachträglich gekündigt werden, wenn es sich herausstellt, dass notwendige zusätzliche Genehmigungen nicht eingeholt wurden. Eine Beteiligung weiterer Behörden wird von der WSA nur in Einzelfällen vorgenommen. Auf Nachfrage teilte Herr Sühl mit, dass das Ufer in der Regel nicht dem WSA sondern dem Land gehört. Herr Nünthel merkte an, dass es in Zusammenhang mit einem Nutzungsvertrag eigentlich notwendig sei, sich mit der zuständigen Stelle in der Senatsverwaltung in Verbindung zu setzen, wenn mit der Nutzung ein Festmachen am Ufer verbunden sei.

Herr Braun stellte die Sicht der WSP dar, dass für 240 km Wasserstraße 3 Boot zur Verfügung stehen. Den Abschnitt Ost mit 90 km muss 1 Boot abdecken, das schichtweise mit 2 Personen besetzt ist. Herr Braun hat ausführlich über den Schwerpunkt der Nutzung und Konflikte auf dem Wasser berichtet. Die Wasserfläche habe sich in letzten Jahren zu einer weiteren „Eventfläche“ der Stadt entwickelt. Durch die unterschiedliche und zunehmende Nutzung (Wohnen am Ufer, Event-boote, Vergnügungsboote) entstehen neue Nutzungskonflikte. Leider kann aus Kapazitätsgründen, die WSP nicht bei jedem Vorfall sofort reagieren. Herr Braun empfahl die Meldung von Problemen (Lärmbelästigung oder das Anliegen in den renaturieren Zonen der Bucht). Einer Anzeige muss die WSP nachgehen. Ein Abschleppen bei Vergehen sei nicht möglich, da es nicht verhältnismäßig sei. Es könne ein Bußgeld verhängt werden.

Herr Pagel stellte die Frage, ob es sinnvoll sei, den See dem Land Berlin zu übertragen. Dann könnte das Land bei der Erteilung von Nutzungsverträgen nach anderen Kriterien (z.B. Gestaltung des öffentlichen Raums, Umwelt usw.) entscheiden. Herr Sühl äußerte, dass der See nicht immer eine „Wasserstraße“ bleiben müsste. Die WSA hat kein Interesse an einem Freizeit-Gewässer. Das Land hätte andere Entscheidungsmöglichkeiten. Das WSA sei in dieser Frage gesprächsbereit. Herr Heymann stellte die Frage, ob das WSA in die Seesanieung eingebunden sei und ob der Bund sich an den Kosten beteiligen würde. Es wurde geantwortet, dass das Land für die Wasserqualität verantwortlich sei. Das WSA wird sich an Sanierungen nicht beteiligen, auch wenn es Eigentümer ist. Herr Schuler stellte die Frage, ob es möglich sei, die Öffnung der Spundwand, die den See von der Spree trennt, zu reduzieren und damit die Durchfahrt für größere Schiffe zu erschweren. Dem wurde geantwortet, dass dies seitens des WSA nicht genehmigungsfähig sei.

Verschiedene Redner äußerten Bedenken gegen eine Übernahme des Sees durch das Land Berlin, da dies von der Haushaltssituation des Senats her nicht möglich sei. Die Frage von Herrn Pagel, welche Aufwendungen das WSA für den See getätigt habe bzw. noch vor habe, konnte nicht beantwortet werden. Frau Hochstädter forderte, dass ein Vertreter des Senats dabei sein müsse, wenn über das Thema diskutiert wird. Es wurde beschlossen, dass ein Vertreter des Se-

nats beim nächsten Treffen zu dem Thema eingeladen werden sollte, um die rechtlichen und finanziellen Auswirkungen beurteilen zu können.

4. Sonstiges

Herr Nünthel teilte mit, dass die Spreestudios angekündigt hätten, Anträge zu einem Sportboot-Steg und zu einem Steg für Fahrgastschiffe der Stern- und Kreisschiffahrt zu stellen.

Frau Blodau wies auf den Workshop zur Aufgabenstellung des See- und Uferkonzepts am 25.11.2014 hin und rief zu einer regen Beteiligung auf.

Außerdem teilte Frau Blodau mit, dass sie aus Zeitgründen die Moderation des Runden Tisches nicht mehr wahrnehmen könne und diese Aufgabe abgeben werde.

Nächste Sitzung

Während der Diskussion um einen Termin für die nächste Sitzung stellte Herr Franke einen Antrag, diesen Termin auszusetzen, bis die Erarbeitung des See- und Uferkonzepts einen Zustand erreicht hat, der beim Runden Tisch vorgetragen werden kann. Darüber wurde ohne Aussprache in der Unruhe des Aufbruchs abgestimmt. Es stimmten 8 Mitglieder für den Antrag, 6 Stimmen dagegen.

Der Antrag konnte nicht protokolliert werden, Herr Franke reichte folgenden Text „sinngemäß“ nach: „Hauptgegenstand der Arbeit des Runden Tisches ist es, dem Bezirksamt die klaren Positionen, ggf. auch weitere Wünsche und Bitten, von Interessenvertretern und Interessengruppen in, so möglich, übereinstimmenden Schnittmengen, aber auch die trennenden Meinungen, also Meinungsunterschiede und Toleranzbereiche, als Input und Einflussnahme auf die Neuausschreibung der Fortschreibung des See- und Uferkonzepts zu übergeben. Dafür findet am 25.11.14 ein abschließender Workshop statt, der dies zu leisten hat. Welchen Input das BA dann für die Neuausschreibung übernehmen wird, ist offen. Erst wenn Haushaltsmittel zur Verfügung stehen und die Neuausschreibung erfolgt ist, der Auftragnehmer ausgewählt wurde und mit seiner Arbeit begonnen hat, bestenfalls wenn er ein diskutables Zwischenergebnis vorlegen kann, ist ein nächstes Treffen des Runden Tisches sinnvoll. Bis dahin sollte der Runde Tisch pausieren.“

Anlagen:

Teilnehmerliste

10.12.2014

Hans Pagel